

Selbstkritische Positionsbestimmung der Kirche in Österreich

Als die österreichischen Diözesanbischöfe im September ihren Ad-limina-Besuch in Rom „kollektiv“ abstatteten, legten sie Papst Paul VI. und den vatikanischen Stellen einen Fünfjahresbericht „Über den Stand der gesellschaftlichen Wirksamkeit der Kirche in Österreich“ vor. Kardinal *Franz König* überreichte beim Empfang der österreichischen Bischöfe durch den Papst *Paul VI.* ein Exemplar dieses Berichtes im Namen der Österreichischen Bischofskonferenz, und zwar als „Dokumentation und Information über die Kirche in Österreich“, wie er erklärte.

Dieser Fünfjahresbericht geht auf eine Empfehlung des im Mai 1974 abgeschlossenen „Österreichischen Synodalen Vorganges“ zurück, in der die Österreichische Bischofskonferenz aufgefordert wurde, ab 1975 alle fünf Jahre einen Bericht über den Stand der gesellschaftlichen Wirksamkeit der Kirche in Österreich erstellen zu lassen. Die Bischofskonferenz, die diese Empfehlung der Österreich-Synode bestätigte, griff die Anregung der Kommission zur Durchführung der Beschlüsse der Österreich-Synode auf, wonach diese Berichte jeweils so erstellt werden sollten, daß sie für die Ad-limina-Besuche der österreichischen Bischöfe in Rom verwendet werden könnten: Das Österreichische Pastoralinstitut (Dr. *Helmut Erbarter*) wurde von der Bischofskonferenz ersucht, unter Mitwirkung des Sekretariats der Bischofskonferenz (Prälat Dr. *Alfred Kosteletzky*) und des Instituts für kirchliche Sozialforschung (Dkfm. *Hugo Bogensberger*) einen Arbeitskreis einzurichten, der einen solchen Bericht bis zum Beginn des Jahres 1977 fertigstellen sollte.

Der Arbeitskreis konstituierte sich unter dem Vorsitz des Sektionsrates im Justizministerium, Dr. *Christoph Mayerhofer*, der während der Öster-

reich-Synode Vorsitzender der Kommission II („Kirche in der Gesellschaft von heute“) gewesen war. Neben zahlreichen Mitarbeitern in verschiedenen Teilbereichen waren es vor allem der Politologe Univ.-Prof. *H. Schneider*, der Leiter der gesellschaftspolitischen Abteilung in der Bundeswirtschaftskammer, Dr. *Klose*, „Furche“-Geschäftsführer Dr. *Walter Schaffelhofer* und der Pressereferent der Wiener Erzdiözese, *E. Leitenberger*, die den Bericht redigierten. In einem ausführlichen Anhang wurde die Situation der Volksgruppen in Kärnten geschildert, wo die Kirche bedeutende Akzente zur Versöhnung setzte. Dr. *Valentin Inzko* für die slowenische Volksgruppe und Dr. Ernst Waldstein für die deutschsprachigen Kärntner schrieben diesen Bericht.

Die Kirche im pluralistischen Gemeinwesen

Alles in allem zeigt sich bei Lektüre des Fünfjahresberichtes eine erfreuliche Offenherzigkeit, die ohne Beschönigung die Situation zu schildern versucht, obwohl gleich eingangs einschränkend erklärt wird, es wären für einen solchen Bericht umfangreiche und mühevollere Untersuchungen erforderlich gewesen, die aus arbeitsökonomischen Gründen unterbleiben mußten. Trotzdem beeindruckt der nüchterne Blick für die Realitäten in diesem Bericht, in dem es unter dem Kapitel-Stichwort „Allgemeines“ heißt, es sei immer wieder ein eher „reaktiver“ Stil des Handelns der Kirche in Österreich zu beobachten: „Obgleich die Kirche sich z.B. in gesellschaftspolitischen Dingen nicht die Rolle eines bloßen Beobachters oder nachträglichen Kommentators zuschreibt, lag die Initiative zu entsprechenden Vorhaben und Maßnahmen

nur selten in ihren Händen. Das ‚Gesetz des Handelns‘ war meist zugunsten anderer Kräfte wirksam. Es steht zu vermuten, daß dies nicht zuletzt auf einem Mangel an geeigneten Vorkehrungen und Instrumenten beruht.“ Zur Verbesserung dieser Lage schlägt der Bericht die Bildung von „Beobachtergruppen“ für bestimmte Bereiche des gesellschaftlichen Lebens vor, die – aus jeweils einigen der Kirche nahestehenden Sachkennern zusammengesetzt – ständig im Gedankenaustausch über die Lage in ihrem Bereich stehen und regelmäßig berichten sollten.

Als *Folgerungen aus der gesellschaftlichen Situation* führt der Bericht an, daß es in Österreich lange Zeit eine „christliche Gesellschaft“ gab, die durch eine fast bruchlose Zweieinigkeit von weltlichen und religiösen Lebensdimensionen geprägt war (Thron und Altar, Schule und Kirche). Demgegenüber geraten nun kirchliche und „weltliche“ Betrachtungsweisen und Stilformen des Denkens und Handelns zunehmend in Differenz: „Wo diese Differenz noch kein kritisches Stadium erreicht hat, handelt es sich zu meist um Schichten, deren gesellschaftliches Gewicht zurückgeht (Bauern, alter Mittelstand usw.).“

Die Kirche müsse sich in einem pluralistischen Gemeinwesen zurechtfinden, heißt es in diesem Kapitel. Das bedeute praktisch, daß die Stimme der Kirche nur mehr als eine von mehreren (oder von vielen) wahrgenommen wird und daß ihre Aussagen und Forderungen vielen Zeitgenossen nur noch als „Meinung einer Gruppe“ oder als Ausdruck bestimmter partikularer Interessen erscheinen, zuweilen auch nur als Interesse kirchlicher Amtsträger an der Erhaltung ihrer eigenen Macht. Kirchliche Aussagen in einer solchen Gesellschaft müßten daher besonderes argumentatives Gewicht, Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft entwickeln sowie auf einem demokratisch beachtlichen Konsens breiter Bevölkerungsteile

aufrufen: „Die Zeit geht zu Ende, da ... die Kirche von vornherein als die Stimme ‚des‘ Gewissens der Gesellschaft galt.“

Dies heiße nicht, daß die Kirche gesellschaftlich bedeutungslos geworden wäre. Mehrheitlich glauben die Menschen in Österreich (noch) an Gott, doch seien die meisten Getauften „Auswahlchristen“. Dennoch erwarte man sich von der Kirche Lebensgeleit, vor allem in kritischen Situationen (Geburt, Heirat, Tod) sowie die *Mithilfe bei der Vermittlung moralischer Normen*. Hilfe zum Glauben könne in der gegenwärtigen Gesellschaft als Hilfe zur Sinnorientierung einen besonders wichtigen Beitrag zur Bewußtseinsbildung der Gesellschaft bedeuten, doch auch die Annahme dieser Hilfe durch einzelne Menschen oder durch die Gesellschaft bedeute noch nicht die Bejahung kirchlicher Autorität in Fragen der Gesellschaftsgestaltung.

Die Rolle der Wissenschaft

Den Pluralismus in dieser Gestalt bezeichnet der Fünfjahresbericht als „Chance der Freiheit“, andererseits könne der Pluralismus der Lebensmchte und Weltdeutungen Identitätskrisen auslösen, mitverursachen und verschärfen: „In solchen Situationen wäre weder eine Anbiederung der Kirche an herrschende oder modische profane Leitbilder sinnvoll noch auch eine Haltung, die sich weigert, sich dieser Spannung auszusetzen, und sich deshalb in ein Getto zurückzieht. Vielmehr glte es, zu einer produktiven Bewältigung dieser Spannungen zu ermutigen, die das Unzulängliche sowohl in der Welt wie an der Kirche wahrnimmt und sich bemut, dem Willen Gottes im Geist des Evangeliums und in kritischer Wachheit besser gerecht zu werden.“ In der Kirche müsse es entsprechend dem Prinzip der „Einheit in der Vielfalt“ im Rahmen des gemeinsam Verbindlichen Freiräume für einzelne und Gruppen geben. Andererseits sei Wachsamkeit gegenüber allen Versuchen partikularer Gruppen geboten, ihre besonderen Vorlieben als die einzig authentisch

christlichen oder kirchlichen auszugeben.

Besonderen Nachdruck legt der Bericht auf die Feststellung, daß in der modernen Gesellschaft die *Wissenschaft* eine zunehmend wichtige Rolle spielt. Der Stil des Denkens und Handelns habe sich damit entscheidend verändert, da die moderne Wissenschaft „Wahrheiten“ nur noch als vorläufig annehme. Außerdem habe sich die moderne Wissenschaft auf der Voraussetzung entwickelt, daß man mit dem jeweils Erreichten nicht zufrieden sein dürfe. Die Politik sei nicht mehr nur dazu da, eine bestehende Ordnung aufrechtzuerhalten, sondern sie habe ständig neue Probleme aufzuspüren und zu bewältigen, das Prinzip der Kritik sei sozusagen ins System eingebaut, es sei für die moderne Gesellschaft und für das Bewußtsein konstitutiv. Dieser Tatbestand habe Konsequenzen für die Bedingungen, unter denen kirchliche Lehraussagen in der heutigen Gesellschaft verstanden und angenommen werden: „Sie müssen sozusagen die Kritik von vornherein vorwegnehmend in Betracht ziehen, und sie dürfen den derzeitigen Stand der wissenschaftlichen Reflexion und Argumentation nicht unterbieten (das gilt für moralische Weisungen und ihre Begründung in Naturordnungen ebenso wie für den Entwurf von Gesellschaftsmodellen).“

Als *Folgerung für die christliche Soziallehre* und ihre Gegenwarts- und Zukunftschance wird in dem Bericht darauf verwiesen, daß überzeitliche Grundsätze kaum die rein deduktive Ableitung konkreter Modelle und Imperative gestatten: „Die Vorstellung, die Kirche können in Gestalt ihrer Soziallehre ein für Christen evidentermaßen richtiges und daher verbindliches Regierungs- oder Parteiprogramm formulieren und anbieten (oder gar vorschreiben), ist verfehlt. (Aus diesem Grunde wäre es auch inadquat, politische Kräfte danach zu bewerten, inwieweit ihr jeweiliges Programm einem solchen Konzept entspräche.)“ Dies bedeute freilich nicht den Ausverkauf aller Prinzipien zugunsten rein situationsethischer Pragmatik, wird einschränkend hin-

zugefügt. Das Wissen von der Würde, der Bestimmung und den notwendigen Entfaltungschancen der Person sei dem gesellschaftlichen Aufgabenbewutsein des Christen eigentümlich. Dieses Wissen werde im Blick auf die jeweiligen Nte und Verhältnisse zu relativ konkreten Folgerungen gelangen können – mindestens was die Grenzen menschenwürdiger Gesellschaftsgestaltung betrifft.

Diesem Kapitel werden schließlich die kritischen Fragen angeschlossen, ob die Kirche ihre eigenen Autoritäts- und Legitimittskriterien nicht modifizieren müsse, welche Folgerungen sich aus der Problematik von Macht und Besitz auf die Ausübung und Kontrolle kirchlicher Macht ergeben und wie die Kirche ihrem Wort in der Öffentlichkeit Gehör verschaffen kann.

Kirche und Politik

In dem Kapitel „Politik“ wird ein kurzer historischer Überblick über das *Verhältnis der Kirche in Österreich zur Politik* gegeben. Dabei werden für die Zeitspanne seit dem Zweiten Weltkrieg drei Phasen unterschieden:

- (1) Das *Weiterwirken des christlich-sozialen Lagerdenkens* nach 1945, obwohl sich die Kirche 1945 von den Parteien abgrenzte, und das Veto der Sozialistischen Partei (SPÖ) in der großen Koalition gegen die Anerkennung des Konkordats bis 1956.
- (2) Die *Phase der Verhandlungen und Vereinbarungen* (Vermgensvertrag 1960, Schulvertrge 1962, Dizesanerhebungen Eisenstadt, Innsbruck, Feldkirch zwischen 1960 und 1968) und die Entspannung des traditionell negativen Verhältnisses zwischen Kirche und SP (Sozialhirtenbrief der Bischöfe 1956, St. Pltner Tagung unter Mitwirkung Bruno Kreiskys als Oppositionsführer 1967). Damit sei die historische Gleichsetzung von „kirchlich“ und „christlichsozial“ fragwürdig geworden, führt der Bericht aus, und die Kirche habe „den Machtwechsel von 1970 gelassen wahrnehmen können“.
- (3) Als dritte Phase wird die *Zeit der sozialistischen Alleinregierung* seit

1970 genannt, in der es zuerst freundliche Gesten gegenüber der Kirche gab, bis die Auseinandersetzungen um die Strafbarkeit der Abtreibung zum tiefgreifenden Konflikt führten. Während des Volksbegehrens der „Aktion Leben“ sei es zu überraschend feindseligen und gehässigen Äußerungen gekommen, wobei der Bericht objektiverweise unterstreicht, diese seien insbesondere seitens sozialistischer Funktionäre und Medien, vereinzelt auch von katholischen Aktivisten erfolgt: „Dieser Sachverhalt stimmt womöglich nachdenklicher als die Frage, inwieweit das Volksbegehren Stärke oder Schwäche der Kirche sichtbar werden ließ.“

Überlegenswert sei vor allem, wieso die Zahl der Unterschriften beim Hauptverfahren des Volksbegehrens nur mäßig anstieg, obgleich gerade zum Hauptverfahren die Bischöfe alle Katholiken zur Unterstützung aufgefordert hatten, warum es zur auffälligen Differenzierung der Volksbegehrensergebnisse nach Diözesen bzw. nach Bundesländern gekommen ist und ob bei dieser Auseinandersetzung nicht jeweils die Einstellung und interne Konstellation des „anderen“ unrichtig eingeschätzt wurde.

Gewichtig ist in dem Fünfjahresbericht die Formulierung, die Auseinandersetzung um die Fristenlösung markiere den Sachverhalt, daß in Österreich „trotz des überwältigenden Anteils der Katholiken an der Bevölkerung gegen den Willen der Kirche Politik gemacht werden kann und daß daraus keine Systemkrise resultiert oder resultieren muß“. Allerdings müsse dabei bedacht werden, daß das Engagement für das Volksbegehren in verschiedenen katholischen Gruppierungen und Richtungen „unterschiedlich intensiv“ war. Käme es zu einer noch ernsteren, die kirchentreuen Katholiken in ihrer Gesamtheit zur Identifizierung mit entsprechenden Aktionen bewegenden Auseinandersetzung, so könnten diese höchstwahrscheinlich einen Wahlsieg der SPÖ verhindern. Damit begibt sich der Bericht auf das Feld der Prognose und fügt hinzu, daß die Folgen einer solchen Konfrontation schwer vorhersehbar seien.

Bundeskanzler Bruno Kreisky habe allerdings Initiativen, die zu einer solchen Konfrontation führen könnten, gebremst (als Beispiel wird der Religionsunterricht genannt), und auch die Aufstellung eines katholischen Präsidentschaftskandidaten von der SPÖ (gemeint ist der jetzige Bundespräsident *Rudolf Kirchschläger*) sei in diesem Zusammenhang zu würdigen. Umgekehrt habe auch Kardinal König als Vorsitzender der Bischofskonferenz betont, daß die Kirche an einem neuen Kirchenkampf nicht interessiert sei.

Nicht nur predigen, sondern handeln

Für die Zukunft wird die *Erarbeitung einer zukunftsweisenden „Linie“* des kirchlichen Verhaltens gegenüber den politischen Kräften in Österreich empfohlen, eine unverkrampfte und gegenüber Vorurteilen vorsichtige Auseinandersetzung mit den in Österreich lebendigen Ideen und Strömungen – „insbesondere mit dem Sozialismus, aber auch mit dem Liberalismus“. Unkritische Anbietung wäre ebenso verfehlt wie pauschale Ablehnung und Dialogverweigerung. Eine stärkere Berücksichtigung christlicher Handlungsmotive und Sinnperspektiven in der Politik dürfe nicht als „Reideologisierung“ mißverstanden werden, da der christliche Glaube keine Ideologie ist, wenn er auch immer wieder in Gefahr stand, ideologisch mißbraucht zu werden. Demgemäß solle die Kirche keine „ideologische“ Politik betreiben. Sie sollte ihre geistige Autorität jenseits ideologischer Machtbindungen dadurch bezeugen, daß sie sich nicht (nur) für ihre eigenen institutionellen Interessen und die ihrer Mitglieder einsetzt, sondern Forderungen vor allem da erhebt, wo es um die Menschenwürde und die Daseinschancen Unterberechtigter und Benachteiligter geht. In diesem Sinn wird dem Eintreten für Gastarbeiter oder für ethnische Minderheiten (Kärntner Slowenen) exemplarische Bedeutung zugesprochen. Seit alters sei es Sache der Kirche, sich der „Witwen und Waisen“ anzunehmen, d. h.

derer, die keinen mächtigen Sachwalter haben.

Für die *praktisch-politische Ebene der Parteien* meint der Bericht, es bestehe nach wie vor ein relatives Nahverhältnis zur Österreichischen Volkspartei (ÖVP), wenngleich gewisse Spannungen und Enttäuschungserlebnisse nicht verkannt werden dürften. Die Kräfte in der ÖVP, in der Christen bisher überwiegend ihre politische Heimat fanden, dürften nicht im Stich gelassen oder gar vor den Kopf gestoßen werden. Andererseits sollte überlegt werden, was es bedeutet, daß in der FPÖ, vor allem aber in der SPÖ aktive Katholiken – gemessen am Anteil der katholischen Wähler dieser Parteien – unterrepräsentiert sind. Ein stärkeres Engagement katholischer Männer und Frauen in allen demokratischen Parteien wäre zu wünschen, wenngleich die Hoffnungen, daß diese das Klima und die Willensbildung jener Parteien, die traditionell der Kirche eher abweisend gegenüberstanden, ändern könnten, als „sehr begrenzt“ beurteilt werden.

Als wichtige Ebene kirchlichen Wirkens in Richtung auf die Politik wird die Verkündigung christlicher Auffassungen in den Raum öffentlicher Bewußtseinsbildung genannt. Der Stil des öffentlichen Meinungsprozesses habe sich aber gewandelt: „Die bloße Proklamation von Prinzipien kommt nicht mehr gut an. Das Aufgreifen von konkreten, erlebbaren und anschaulichen Nöten und Anliegen ist überzeugender und wirksamer.“ Es solle daher nicht nur gepredigt, sondern auch gehandelt werden. Daher sei die Durchführung von Aktionen zur Bewältigung konkreter sozialer Probleme („Lebenshilfe“, Sorge für Alte und Kranke, für Kinder und Behinderte, für Arbeitslose und Gastarbeiter, für Angehörige von Minderheiten) von vordringlicher Notwendigkeit. Im Sinn dieser Überlegungen brauche die Kirche ein Kräfte-reservoir für „Bürgerinitiativen“ im freien Raum gesellschaftlicher Willensbildung, ohne den institutionellen Status zu unterschätzen.

Im Kapitel „Rechtswesen“ heißt es, das Recht werde von wichtigen politischen Kräften in zunehmendem Maß

als ein technisches Instrument sozialer Verhaltenssteuerung betrachtet und benützt. In dem Maß, wie dies geschieht, bedürfe das sittliche Bewußtsein darüber hinausgehender Orientierungsmaßstäbe. Angesichts dessen sei es notwendig, das Bewußtsein von Recht und Unrecht zu vertiefen und auf die Gestaltung der staatlichen Rechtsordnung dahin Einfluß zu nehmen, daß sie dieses Bewußtsein mitträgt oder es zumindest nicht verunsichert. Gerade die Grund- und Menschenrechte müßten Anliegen katholischer Gesellschaftspolitik sein.

In weiteren Kapiteln behandelt der Fünfjahresbericht über den *Stand der gesellschaftlichen Wirksamkeit der Kirche* in Österreich die Themenkreise „Wirtschaft und Arbeit“, „alte Menschen“, „Familie“ und „Jugend und Kirche“. In dem Abschnitt über die Jugend, der naturgemäß besonderes Interesse herausfordert, wird der Höhepunkt der Krise kirchlicher Jugendarbeit mit den Jahren 1971 bis 1974 angegeben. Konfliktstoffe seien vor allem gesellschaftspolitische Ordnungsvorstellungen und Fragen der moralischen Bewertung vorehelicher Beziehungen gewesen. Seit etwa zwei Jahren zeige sich eine zunehmende Konsolidierung in der kirchlichen Jugendarbeit, so heißt es in dem Bericht, und ein Abnehmen der allgemeinen Verunsicherung: „Jugend und insbesondere auch die Jugendverantwortlichen gewinnen allmählich ein neues Selbstverständnis und Selbstbewußtsein. Konfliktfelder werden gezielt und schrittweise angegangen.“ Als Sonderfall werden die Beziehungen von Jugendlichen aus traditionell kirchenfermem Milieu (besonders Arbeiter) genannt, wobei diese Problematik auch auf dem Hintergrund der allgemeinen Konfliktlage zwischen Kirche und Sozialdemokratie zu sehen sei. Als *vordringliches Problem der kirchlichen Jugendarbeit* wird zunächst die Personalfrage und der Rückgang der Zahl an Jugendkaplänen hervorgehoben. Die Mitarbeit ehrenamtlicher Erwachsener sei trotz vielfacher Bemühung von Pfarrgemeinderäten noch nicht effektiv geworden. Die ethisch-moralischen Normen der Kirche würden von der Jugend oft diskutiert und

in Teilbereichen in Frage gestellt (Autorität, Verteilung der Güter, Beziehungen zwischen den Geschlechtern usw.). Konflikte zwischen den Jugendlichen und Erwachsenen in der Pfarre gebe es aber auch über Formen des Gemeindelebens, insbesondere der gemeinsamen Eucharistiefeier. Auch die grundsätzlich sehr positive Hinwendung vieler junger Menschen zu Meditation und Spiritualität auf der einen und zu gesellschaftspolitischem Engagement auf der anderen Seite führen zu Konflikten, wobei auf einen Dialog zwischen der „spirituellen“ und der „politischen“ Linie gehofft wird. Organisatorisch werden Kommunikationsschwierigkeiten zwischen der Basis und den zentralen Führungen kirchlicher Jugendverbände angeführt und Erfahrungen verzeichnet, wonach sich die Jugendpastoral in einem gewissen Getto der gesellschaftlichen und kirchlichen Öffentlichkeit abspiele.

Neue Initiativen

Zur Lösung dieser vielfältigen Probleme sei eine ganze Reihe von Aktivitäten gesetzt worden, so wird in diesem Kapitel berichtet. So habe man eine „Fachschole für Sozialarbeit – Jugendleiterschule“ im Zusammenhang mit dem Seminar für kirchliche Berufe in Wien gegründet, von Jugendbischof *Johann Weber* wurden verschiedene Symposien (emanzipatorische Jugendarbeit, Sexualität, politisches Engagement usw.) einberufen, etwa 80 kirchliche Jugendzentren und Jugendklubs in ganz Österreich seien gegründet worden. In den meisten Diözesen seien außerdem Zentralstellen für Jugendpastoral entstanden.

Es folgen sodann Spezialkapitel über das kirchliche Kindergartenwesen, zur Situation des Schulwesens und des Religionsunterrichtes sowie der katholischen Erwachsenenbildung. Gesondert wird die *Lage an den Hochschulen* untersucht und festgestellt, das Problem, wie katholische oder für die Kirche interessante Professoren und außeruniversitäre Wissenschaftler systematisch ins Gespräch gezogen werden können, sei noch nicht zureichend

gelöst. Die Hochschulpolitik in Österreich sei in der Zeit der ÖVP-Unterrichtsminister relativ stark katholisch-konservativ geprägt gewesen, heißt es dann. Dies wird als Reaktion darauf gewertet, daß die Universitäten in Österreich vordem in starkem Maß „liberal“ und „national“ ausgerichtet waren. Seit 1970 steuere nun die SPÖ-Regierung einen Gegenkurs, während von seiten der Kirche zu diesen Vorgängen „im allgemeinen kein stärkeres Engagement“ zu registrieren sei. Die Auswirkungen des neuen Universitäts - Organisationsgesetzes werden in dem Kapitel auffallend kurz und zurückhaltend zur Kenntnis genommen, auffallend ist auch das Schweigen über die geistige Situation der Studenten. Noch knapper ist das Kapitel „Kunst und Literatur“ ausgefallen, obwohl gerade die breite Palette jüngerer österreichischer Literaten, wie Peter Handke, Thomas Bernhard, Gerhard Roth usw., und deren geistige Aussagen Anlaß zu einer sehr ernststen selbstkritischen Reflexion wären.

Viel breiter wird schließlich die *Mediensituation* in Österreich untersucht und ein relativ ausführlicher Überblick geboten. Als „publizistische Großmacht“ werden dabei die Kirchenzeitungen genannt, die allerdings von 1971 bis 1976 in ihrer Auflage von 540 000 auf 460 000 Exemplare zurückgegangen sind. Hauptstützpunkte der kirchlichen Pressearbeit sind nach wie vor die Preßvereine in den einzelnen Diözesen und die Kathpress, deren Ruf „im In- und Ausland unbestritten ist, obwohl sie unter allen katholischen Agenturen der Welt die geringsten finanziellen Mittel und auch den kleinsten Mitarbeiterstab besitzt (zum Vergleich: KNA Bonn hat 73 Redakteure, Kathpress Wien 4)“. Ausführlich werden abschließend die Bemühungen des Kirchenfunks in ORF geschildert, der im allgemeinen günstige Sendezeiten zur Verfügung hat.

Eine Dokumentation über gesellschaftliche Aktivitäten der Kirche in Österreich schließt den Band ab, der insgesamt eine bemerkenswert selbstkritische Positionsbestimmung des österreichischen Katholizismus verfolgt.